

Rede von Janek Lassau – Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V.

Gehalten am 5. Mai 2026 in Dresden-Neustadt

Ich stehe hier heute als Vertreter des Antidiskriminierungsbüro Sachsen, und gleichzeitig stehe ich hier als ein Mensch mit Behinderung, der ableistische Diskriminierung erlebt. Diese Diskriminierungen gibt es in unterschiedlichsten Formen: Sie gehen von körperlichen Angriffen und persönlichen Beleidigungen über strukturelle Benachteiligungen, beispielweise in der Bildung oder auf dem Arbeitsmarkt, bis hin zu Barrieren in der Welt, die uns umgibt und in den Köpfen der Menschen. Viele der hier Anwesenden können sicher ein Lied davon singen.

Ich möchte mich heute auf eine Form der Diskriminierung konzentrieren: die Bevormundung. Paternalismus kommt häufig als gut gemeinter Service daher. Er begegnet mir selbst häufig und ist auch oft Gegenstand unserer Beratungsfälle.

Ich möchte ein Beispiel geben. Mir passiert es häufig, dass mir als Mensch mit einer sichtbaren Gehbehinderung ein Platz in der Straßenbahn angeboten wird. Das finde ich gut. Zeugt es doch von Empathie und Hilfsbereitschaft. Wenn ich dann aber sage: „Nein, das brauche ich nicht“, wird diese Absage häufig nicht akzeptiert. Nichtbehinderte Menschen meinen, es besser zu wissen. „Machen Sie mal, dass ist besser für Sie!“, „Sie müssen auf sich achten!“ Und Ähnliches. Als würden diese Menschen seit 42 Jahren in meinem Körper stecken und nicht ich. Es geht am Ende nicht mehr um mich und meine Bedarfe, sondern nur noch darum, dass sich der nichtbehinderte Mensch auf seinem Platz nicht schlecht fühlen muss. Menschen mit Behinderung wissen, was für sie gut ist! Meine Forderung an Menschen ohne Behinderung: Akzeptiert das „Nein“. Euer Hilfsangebot sollte nicht dazu dienen, dass ihr euch besser fühlen könnt, sondern dass geholfen wird, wo Hilfe gewünscht ist.

Menschen mit Behinderung sind Experten in eigener Sache. Menschen ohne Behinderung müssen genau das anerkennen. Zu einer inklusiven solidarischen Gesellschaft gehört natürlich, sich gegenseitig zu unterstützen. Wenn die Unterstützung aber einmal nicht gebraucht wird – gut. Es wird einen Moment kommen, wo sie es wird.

Was steckt hinter der Bevormundung? Was verrät sie über unsere Gesellschaft? Das Grundproblem ist, dass nicht mit, sondern über Menschen mit Behinderung gesprochen wird. Ihnen werden Fähigkeiten, Belastbarkeit und ja, sogar die Hoheit über den eigenen Körper abgesprochen. Menschen mit Behinderung werden immer wieder nicht für voll genommen. Das ist aber eine Grundvoraussetzung für eine inklusive Gesellschaft.

Das fehlende Zutrauen hat Folgen. Menschen mit Behinderung wird nicht zugetraut, auf eine Regelschule zu gehen, auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen oder in der eigenen Häuslichkeit zu wohnen. Diese Grundeinstellung führt zu einer Politik der Ausgrenzung. Zu Parallelwelten statt zur Inklusion. Die drohenden drastischen Kürzungen in der Eingliederungshilfe sind Ausdruck eben dieser Politik. Die Eingliederungshilfe soll Teilhabe und somit Inklusion ermöglichen. Wer hier die Axt anlegt, grenzt aus. Die Folge ist eine Schwächung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und weitere Diskriminierungen. Wir fordern stattdessen eine Erweiterung der Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen. Denn Inklusion und Teilhabe sind der beste Schutz gegen Diskriminierung.

Das aufgedrängte Hilfsangebot aus meinem Beispiel ist am Ende ein Symptom dieses fehlenden Zutrauens. Es braucht ein Umdenken. Inklusion geht nur auf Augenhöhe. Denn nur aus einer Haltung, die Menschen mit Behinderung ernst nimmt und als Menschen mit eigenem Willen und eigenen Vorstellungen akzeptiert, können die gesellschaftliche Rahmenbedingungen verbessert werden, um Selbstbestimmung zu ermöglichen.